

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Januar 1983

# Evangelische Verantwortung

Heft 1/1983

## Gedanken zur Deutschlandpolitik im Lutherjahr 1983

Richard von Weizsäcker

Die Frage nach den Möglichkeiten der Deutschlandpolitik ist primär eine Frage nach dem Bewußtsein und den Zielen der Deutschen selbst, der Deutschen in Ost und West. Aber es ist auch die Frage nach dem Einfluß und den Zielen der Außenwelt auf uns Deutsche, die wir in der Mitte Europas leben. Zu keiner Zeit konnte sich das Bewußtsein der Deutschen von ihrer Identität und ihrer natürlichen Entwicklung so vollziehen wie bei der Mehrzahl der anderen europäischen Völker. Denn mehr als die anderen sind und bleiben wir von nahen und fernen Nachbarn und Mächten umgeben. Sie alle haben ein vitales Interesse daran, welche politische Gestalt die Mitte Europas annimmt. Kenntnis und Verständnis der Geschichte sind deshalb für uns eine reale politische Lebensnotwendigkeit. Denn sie lehren uns: Es ist unsere geographische Lage der kontinentalen Mitte, die unsere Entwicklung stets entscheidend geprägt hat und sie weiter bestimmen wird.

Der Einfluß der Mächte von außen hat allzuoft und allzulange Ohnmacht in der Mitte, Ohnmacht bei den Deutschen erzeugt. Zwei Anläufe hat das 20. Jahrhundert gebracht, zwei Anläufe der Deutschen, um aus diesem Einfluß der Mächte auf die Mitte des Kontinents auszubrechen: Das Kaiserreich strebte an seinem Ende nach Vormacht, und Hitler suchte eine Weltmachtrolle für die Deutschen. Als Ergebnis stand am Ende der beiden Weltkriege die Teilung. Die Mächte, die heute auf Europas Mitte einwirken, sind nicht mehr das europäische Konzert des 19. Jahrhunderts, vielmehr sind es die beiden führenden Weltmächte mit ihren Systemen und Bündnissen. Sie sind es, die den maßgeblichen Einfluß gewonnen haben.

Aber das alles hat an der Lage von uns Deutschen in der Mitte Europas gar nichts geändert. Die beiden bisherigen Lehren unseres Jahrhunderts, also das Scheitern der Ausbruchversuche aus dem Einfluß der Mächte und als Ergebnis die Teilung, widersprechen der geopolitischen Natur der Dinge. Denn die Mitte

ist keine Grenze; auf die Dauer eignet sie sich dafür nicht.

Unsere Aufgabe heute ist es zu prüfen, wie wir mit unseren vordringlichen Tagesthemen bewußt oder unbewußt auf die langfristige historische Entwicklung einwirken.

### Deutschlandpolitische Realitäten

Bei der Frage nach unseren deutschlandpolitischen Spielräumen müssen wir die politische Entwicklung in der DDR zur Kenntnis, aber auch darauf Rücksicht nehmen. Die 70er Jahre hatten für die DDR ambivalente Folgen.

Einerseits war es für die DDR-Führung natürlich positiv, das Ziel erreicht zu haben, um das es ihr vor allem ging, nämlich die internationale Anerkennung, die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, die Präsenz der Botschafter vor allem aus dem Westen. Auf der anderen Seite ist das für die DDR nicht alles leicht zu verkraften. Es gibt zwei deutsche Staaten, aber zwei Staaten deutscher Nationalität. Es sind keine fremdnationalen Staaten. Sie haben besondere Beziehungen, auch wenn dies im Einzelfall strittig ist. Die gemeinsame nationale Frage der beiden ist in den Verträgen nicht gelöst. Aber sie ist angesprochen. Die vielen West-Ost-Besucher und die Berichterstattung von Westkorrespondenten aus der und in der DDR tun ihre Wirkung. Besondere Beziehungen zum westdeutschen Staat

### Eine notwendige Diskussion

Die notwendige Diskussion mit dem Moderamen des Reformierten Bundes (siehe auch EV 10 bis 12/1982) führen wir mit Stellungnahmen und Beiträgen von Theologen in diesem Heft fort.

widersprechen einerseits der offiziellen Doktrin; andererseits bringen sie nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politisch bedeutsame Ansatzpunkte. Sie nützen gelegentlich, um nicht in alles und jedes uniform einbezogen zu werden, was der Warschauer Pakt so mit sich bringt.

Hauptaufgabe der SED ist es, ihre Stabilität im Rahmen des umfassenden Machtanspruchs der Parteiführung zu sichern. Dazu gehört aus ihrer Sicht, die Anziehungskraft des anderen deutschen Staates einzuschränken, aber mit der eigenen Bevölkerung ein Mindestmaß an Übereinstimmung zu finden. Dieser Bevölkerung sollen Felder für die Identifizierung mit der DDR als dem eigenen Staat geboten werden.

Ein zweites Feld sind die Beziehungen zu den Kirchen, vor allem zur evangelischen Kirche. Sie sind die einzigen großen gesellschaftlichen Organisationen in der DDR mit eigener landesweiter Infrastruktur, ohne kommunistisch zu sein.

Dies ist ein wichtiges und empfindliches Gebiet. Da gibt es Öffnungen und Rückschläge, Zusammenarbeit und Mißtrauen. Ständiger Konfliktherd zwischen Kirche und staatlicher Führung ist die Erziehung. Wie kann man denn gleichzeitig zum Frieden erziehen – was dem Auftrag der Kirche entspricht – und Feindbilder vorbereiten, wie es die Parteideologie verlangt?

#### **Die DDR und die deutsche Nation**

Ein dritter, besonders interessanter Punkt ist die Öffnung in Richtung auf Geist, Kultur und Geschichte. Noch Anfang der 70er Jahre hatte die SED die DDR als die sozialistische Nation deklariert und eine gemeinsame deutsche Nationalität geleugnet. Zur Abgrenzung gegen uns und zur Verankerung der Deutschen in der DDR hatte dies aber nicht die beabsichtigte Wirkung. Bereits 1974 sprach die SED-Führung daher von einem Doppelbegriff, nämlich Staatsbürgerschaft der DDR und deutsche Nationalität. Die Versuche, das Wort „deutsch“ aus Überschriften und Texten auszusondern, traten wieder in den Hintergrund. Statt dessen wurden Geist, Kultur und Geschichte zu einem neuen Feld für die Legitimierung der DDR und die Identifizierung der eigenen Bevölkerung.

Bemerkenswert sind die jüngsten Anstrengungen der DDR, die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu fördern. Aus der zunächst recht platten ideologischen Klasseninterpretation der Geschichte ist inzwischen etwas mehr geworden. Neben Thomas Münzer und Karl Marx sind Martin Luther, Friedrich der Große, von Honecker selbst so bezeichnet, und nicht nur die preußischen Reformer, sondern auch die Königin Luise getreten.

Der SED dient die Debatte um die deutsche Geschichte als Fortsetzung der geistigen Auseinandersetzung um die Frage nach der deutschen Nation. Es findet eine Aneignung der deutschen Nationalgeschichte statt, ein Anspruch auf die ganze deutsche Geschichte, beinahe ein Alleinvertretungsanspruch. Dahinter steht das Bewußtsein, daß es sich um Politik handelt, wenn es um die Geschichte geht. Wer die Geschichte hat, hat möglicherweise auch die Zukunft.

Bei uns gibt es Leute, die darauf einfach nur mit Erschrecken reagieren. Warum eigentlich? Gewiß, die Geschichte wird drüben als ein unverzichtbares Reservoir für die Legitimierung der DDR benutzt und der eigenen Bevölkerung zur Verankerung ihres Bewußtseins in der DDR angeboten. Aber ich meine, es wäre kurzfristig, zu glauben, dies alles diene nur der Abgrenzung gegen uns und dies alles werde in diesem Sinne auch erfolgreich sein.

#### **Die DDR und das Lutherjahr**

Im Lutherjahr 1983 häufen sich die Tagungen und Publikationen. So ist vor kurzer Zeit eine Biographie für junge Leute in der DDR über Martin Luther erschienen. Der Titel lautet: „Martin Luther – Reformator und Rebell – Seine Leistung als führender Ideologe der frühbürgerlichen Revolution“. – Luther hält nun einmal Überraschungen für jeden bereit, der sich mit ihm befaßt. Die SED-Interpretation, insbesondere von Luthers sprachlichem, kulturellem und sozialem Einfluß, wird manchen Widerspruch auslösen; langweilig ist sie jedoch nicht. Luther hat im übrigen nicht nur Spaltungen nach sich gezogen. Vielmehr hat er im Zeichen der Sprache auch zusammengeführt, und das wird hier nicht verborgen bleiben.

Im übrigen: Welchen Grund haben wir im Westen, die Beschäftigung mit Tradition und Geschichte, wie sie drüben stattfindet, geringzuachten? Gerade weil Themen und Materialien dieser Art drüben bis vor kurzem der öffentlichen Erörterung unzugänglich waren, kann man heute, da die Tabuisierung zurückgeht, nun eine sehr intensive Beschäftigung der Menschen mit diesen Fragen feststellen, ja eine stärkere und intensivere Beschäftigung als bei vielen Menschen in unserem Teil Deutschlands. Also: Nicht erschrecken, sondern lernen und sich stellen, die Herausforderung annehmen!

#### **Konkrete Möglichkeiten in der Deutschlandpolitik**

Was die innerdeutschen Beziehungen im engeren politischen Sinn betrifft, so ist die derzeitige Lage belastet. Zwar gibt es Verhandlungsgegenstände, z. B. Gewässerschutz, Erdgas, S-Bahn und andere mehr, aber es fehlt zur Zeit eine langfristige Perspektive für die Gespräche. Es ist auch nicht vorstellbar, wie wir sie erreichen, wenn nicht eingehalten wird, was verabredet war.

Die Erhöhung und Erweiterung des Mindestumtausches im Reise- und Besuchsverkehr ist abredewidrig. Sie bedarf der Rücknahme, wenn es für die Menschen glaubwürdig sein soll, daß auch der DDR an Entspannung gelegen ist. Auch gemeinsame friedenspolitische Aktionen, wie die DDR sie immer wieder fordert, bedürfen zunächst ihrer Fundierung im Respekt vor den Menschenrechten; denn diese sind Bestandteil des Friedens.

In dieser Lage gilt es, die Dinge zwischen den beiden deutschen Staaten beim Namen zu nennen.

In unserem Teil Deutschlands stehen neben Arbeitslosigkeit und Haushaltssorgen Fragen der Allianz und der Sicherheitspolitik im Vordergrund.

Die Meinungsverschiedenheiten des Bündnisses über die Ostpolitik sind damit eng verbunden. Dabei geraten strittige Positionen oft in unhaltbare Extreme. Niemand wird die Sowjetunion mit einem Embargo in die Knie zwingen. Richard Nixon bekennt sich, wie ich glaube, ganz mit Recht zu der Überzeugung, daß ökonomischer Druck von außen für sich allein die Repression im Innern eher wachsen läßt, als sie zu verkleinern.

Maßgeblich für unsere Ostpolitik muß die untrennbare Doppelorientierung nach dem Harmel-Plan blei-

ben, das heißt die konzeptionelle Verbindung von Verteidigungsbereitschaft und Entspannung. Der sowjetischen Vorstellung von der friedlichen Koexistenz als der wirksamsten Form des internationalen Klassenkampfes gilt es unser Harmel-Konzept entgegenzustellen. Danach bedeutet Entspannung nicht automatisch mehr Friede oder gar Bequemlichkeit für uns im Westen, sondern die friedliche Auseinandersetzung zwischen den Systemen, und zwar im Sinne eines Wandels, wie wir ihn anstreben.

## Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen

### Gedanken zur Jahreslosung 1983 von Superintendent i. R. Heinrich Höhler

Nachdem dieses schöne Wort Jesu aus Matthäus 5 Vers 9 zur Jahreslosung für 1983 erklärt worden ist, wird man sorgfältig darum bemüht sein müssen, daß die Seligpreisung der Bergpredigt nicht in politische Auseinandersetzungen gezogen wird. Wir erinnern uns um die mißbräuchliche Verwendung und Deutung der Bergpredigt. Wir haben vor Augen, wie die eschatologische (endzeitliche) Weissagung von den Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden sollen, zur Agitation gegen jede Bewaffnung mißbraucht worden ist. Es gibt leider viele Beispiele für den Mißbrauch biblischer Worte. Den alten Menschen ist noch bewußt, wie der Satz aus Jesaja 41,24 („euch wählen, ist ein Greuel“) in den Wahlen, die schließlich in den Nationalsozialismus führten, verwendet wurde. Und schließlich steht uns vor Augen, wie die biblischen Mahnungen, Frieden zu halten, für den Frieden zu wirken, aus ihren biblischen Bezügen gelöst wurden und nun plötzlich als scheinbar biblisch begründete Mahnungen der „Friedensbewegungen“ verwendet werden.

Natürlich gilt auch hier der alte lateinische Satz, daß der Mißbrauch einer Aussage die wahre Geltung nicht tilgt (abusus non tollit usum). So kann der Satz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ in Lenins Munde und als Antriebsparole in den Gefangenenlagern der Sowjetunion nicht auslöschen, was Paulus

gemeint hat, als er den Thessalonichern diesen Satz schrieb. Aber man wird doch sorgsam abwägen müssen, ob man einen biblischen Satz nicht mißbräuchlich benutzt, wenn er zu einer politischen Parole umfunktioniert wird. Diese Feststellung richtet sich hier noch nicht gegen diejenigen, die das Wort vom Friedenstiften für 1983 auswählten. Aber es fragt sich, ob die Seligpreisung nicht auf so viel Vorverständnis stößt, daß beim Hörer – nicht bei allen natürlich – eine bestimmte gesellschaftspolitische oder gar militärische Voreingenommenheit bestätigt und sozusagen nun auch noch scheinbar biblisch untermauert wird.

Es gilt also, innerhalb der Kirche und am besten auch der Öffentlichkeit gegenüber besonders sorgfältige und eindringliche Bemühungen zu unternehmen, um die Jahreslosung 1983 vor politischem Mißbrauch zu bewahren. Es wird ja in vielen Kirchen schon zum Jahresanfang über diese Losung gepredigt werden. Und es wird unter uns allerlei, auch allerlei Einseitiges und Fragwürdiges von der Kanzel herab verkündigt!

Vom „Frieden stiften“ ist in der neuerlich revidierten Lutherübersetzung die Rede. Luther hatte übersetzt: „Selig sind die Friedfertigen...“. Das ist ein beträchtlicher Unterschied. Die Änderung der ursprünglichen Übersetzung könnte so verstanden werden, als sei das Gewicht weg von der Ge-

sinnung und dem persönlichen Verhalten hin zur Aktivität verlegt. Und das entspricht ja bekanntlich dem allgemeinen Trend: weniger vom Glauben (der dann als „Innerlichkeit“ diffamiert wird) als von der

## Aus dem Inhalt

Gedanken zur Deutschlandpolitik im Lutherjahr 1983 Richard von Weizsäcker	1
Gedanken zur Jahreslosung 1983 Heinrich Höhler	3
Bekenntnis oder politisierende Theologie? H.-D. Bastian	4
Zu den Aussagen des Moderamens über die Friedensverantwortung der Christen Gerhard Friedrich	6
Kurz notiert	9/11
Wort des Rates der EKD zum Lutherjahr	10
Widerspruch gegen die Moderamenserklärung Horst Georg Pöhlmann	12
Das Barmer Bekenntnis steht gegen die Moderamenserklärung Christof Warnke	14
Friedensgottesdienst im Ober-Olmer Wald Helmut Kern	15

aktiven Weltgestaltung zu reden – und in diesem Sinne zu handeln.

Zwar hat Julius Schniewind (in seiner Auslegung des Matthäusevangeliums) gesagt, Jesus meine nicht nur die „Friedfertigen, die dulden Frieden halten“, sondern er preise die Friedensstifter selig. Aber was ist mit dem Wort „Friedensstifter“ (und übrigens, recht verstanden, auch mit „Friedfertigen“) gemeint? Schniewind: „Wer Frieden stiftet zwischen Mensch und Mensch, der trägt Gottes Art“, und das Neue Testament werde „nicht müde davon zu sprechen, daß Gott ein für allemal seinen Frieden durch Christus gestiftet

hat“. Eben dies, sagt der Ausleger, werde „in unserer Seligpreisung vorausgesetzt“. „Sie spricht, wie alle andern Seligpreisungen, mit unbedingter Gewißheit Zukünftiges jetzt schon den Hörern zu“. Einmal werde Gottes Wirken sein Ziel erreichen: „Gott selbst wird herrschen, wird seinen Friedenskönig selbst einsetzen, und so wird Friede unter den Menschen sein“.

Das sind – liest man sorgfältig – Sätze, die weit weg führen von politischen Aktionen und von schwärmerischen Erwartungen.

Dasselbe Verständnis in Luthers Auslegung: Er predigte im Jahre

1519: „Die Friedfertigen sind die, die Friede machen, die nicht zufrieden sind, wenn sie selber Gott schauen und im Frieden sind, wenn sie nicht auch andre dahin führen. Aber es ist nicht genug, mit Worten die Uneinigen zu versöhnen, sondern viel besser ist, dem traurigen Herzen mit Trost und Lehre Frieden zu geben und es mit Gott zu versöhnen“.

Es ist also nicht genug, die Jahreslosung zu verkünden und allen möglichen, auch mit Sicherheit zu erwartenden Mißbräuchen Lauf zu lassen. Man muß der Irrlehre kräftig wehren!

## Bekenntnis oder politisierende Theologie?

### Anmerkungen zur Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes

Prof. Dr. theol. H.-D. Bastian

Unbeschadet einer notwendigen Kritik an vielen Einzelheiten ist der Erklärung des reformierten Moderamens „Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche“ vorzuhalten, daß sie mit ihrer Argumentation die Grenzen zwischen Kirche und Staat, Glaube und politischer Vernunft, Rechtfertigung und Recht bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Die sieben Thesen stellen sprachlich eine schwer entwirrbare Mischung aus gottesdienstlichen Glaubensformeln, dogmatischen Lehrsätzen, politischen Annahmen und politischen Willensentscheidungen dar. Die Autoren der Erklärung sind zu fragen, ob sie darüber informiert sind, unter welchen empirischen Handlungs- und Entscheidungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland Sicherheitspolitik betrieben wird. Der Leser der reformierten Thesen muß sich fragen, von welchem Standort er hören, verstehen und Stellung beziehen möchte. Angesichts des Themas „Friedensverantwortung“ empfiehlt es sich, die Rolle des Staatsbürgers und Politikers zu wählen.

Danach ist festzustellen:

1. Kein Politiker im sicherheitspolitischen Mandat unseres Staates kann der Tendenz der reformierten

Thesen folgen, im abstrakten, realitätsfernen, ethisch allgemeinen Sinn vom Frieden zu reden unter weitgehender Mißachtung der sicherheitspolitischen Lage, der Bedrohungsverhältnisse und des friedenssichernden Bündnissystems. Für die Bundesrepublik Deutschland ist der äußere Frieden seit ihrem Beitritt zur NATO kein nationaler Staatszweck mehr, sondern ein Produkt der multinationalen Bündnisgemeinschaft. Die Analyse der Bedrohung durch die Staaten des Warschauer Paktes entspringt nicht, wie das Moderamen glauben machen möchte, der Feindbildideologie irgendwelcher moralisch fehlgeleiteter Politiker, sondern ist das Arbeitsergebnis von fachlichen NATO-Gremien, das die Regierungen des Bündnisses zu verantworten und zu vertreten haben. Die Informationen zur Wirklichkeit und zum Ausmaß der Bedrohung wären nur durch eine andere, verifizierbare Erkenntnis der Fachleute, aber nicht durch Glaubensformeln und Versöhnungspathos korrigierbar.

2. Kein Politiker im sicherheitspolitischen Mandat unseres Staates kann mit den in der reformierten Erklärung benutzten Vorstellungen von Ethik und Politik, von Glauben und Handlungsverantwortung sein

Amt wahrnehmen. Der ehemalige US-Außenminister H. Kissinger hat sich zu diesem Problem ebenso knapp wie treffend geäußert: „Der Außenseiter denkt in absoluten Begriffen; für ihn sind Recht und Unrecht begrifflich genau definiert. Der politische Führer kann sich diesen Luxus nicht leisten. Er erreicht sein Ziel selten anders als stufenweise, und jeder einzelne Schritt muß seine moralischen Mängel haben, aber dennoch kann man sich der Moral ohne diese Schritte nicht nähern... der Prüfstein des Staatsmannes ist nicht nur die Verwirklichung seiner politischen Ziele, sondern auch die Vermeidung der Katastrophen. Die Menschheit wird nie erfahren, was ihr erspart geblieben ist, weil Risiken vermieden oder Maßnahmen getroffen wurden, um fürchterliche Konsequenzen abzuwenden“.

In der Bundesrepublik Deutschland haben maßgebliche Politiker der Bundestagsparteien, darunter zahlreiche Christen, zur Sicherheitspolitik in ethischer Verantwortung gesprochen und geschrieben und vor den unabsehbaren Folgen einer abstrakten Gesinnungsethik gewarnt. Der Text des Moderamens gibt nirgendwo zu erkennen, daß er diese Stimmen gehört, verstanden und verarbeitet hat.

3. Kein Politiker im sicherheitspolitischen Mandat unseres Staates könnte von der Friedensverantwortung so neutral, so über den Konfliktparteien schwebend, so abstrakt sprechen. Wie der Brief des Moderamens vom 2. November 1982 belegt, fühlen sich die Autoren von der Sicherheitspolitik der NATO und des Warschauer Paktes gleich weit entfernt. Sie versuchen, mit dem biblischen Bildwort vom Splitter und Balken im Auge, das für private Konfliktregulierungen genug sein mag, einen globalen Antagonismus zu zähmen. Dieser Versuch wird weder der Komplexheit der sicherheitspolitischen Situation noch der Position unseres Staates im westlichen Bündnis gerecht.

4. Kein Politiker in einem sicherheitspolitischen Mandat unseres Staates könnte von der Friedensverantwortung so pathoskräftig im Blick auf die Ziele und so unklar im Blick auf die möglichen Mittel und die wahrscheinlichen Folgen handeln. An keiner Stelle der Thesen wird auch nur erwogen, welche Folgen und Nebenfolgen, welche Wirkungen und Rückwirkungen das „Nein ohne jedes Ja“ zur atomaren Abschreckungsstrategie haben könnte. An keiner Stelle der Thesen wird erkannt und anerkannt, daß der Frieden in Westeuropa über Jahrzehnte dieser Strategie zu verdanken ist. Indem das reformierte Kirchenpräsidium diese Strategie ethisch aufkündigt, nötigt es zu einer inhaltlich völlig unklaren Alternative, deren Folgen unbedacht sind und vom reformierten Moderamen auch nicht verantwortet werden müssen. Das im Brief vom 2. November 1982 vom Moderamen unter gewissen extremen Umständen in Aussicht gestellte Martyrium kann für keinen Politiker in der Bundesrepublik Deutschland eine mögliche Entscheidung sein.

5. Kein Politiker in einem sicherheitspolitischen Mandat unseres Staates kann von der Friedensverantwortung sprachlich so undifferenziert, so unsachlich und gefühlsgeladen sprechen. Dadurch, daß man die atomaren Waffensysteme, die im Kalkül der Strategie der Kriegsverhütung eine nachweisbare politische Funktion erfüllen, dämonisierend „Massenvernichtungsmittel“ tauft, wird die Problemlösung unnötig erschwert. Auch die leider vom Arbeitskreis der CDU über-

nommene Rede vom „universalen Holocaust“ bedarf der Kritik. Bruno Bettelheim hat in einem überzeugenden Beitrag als Betroffener und Verfolgter dagegen protestiert, den brutalen Massenmord an unschuldigen Menschen mit der sinnstiftenden Bibelvokabel „Brandopfer“ zu überhöhen. Wer die Greuel der Nazis mit der Bombardierung von Hiroshima vergleicht, so Bettelheim, der verzerrt die historische Wirklichkeit, nicht zuletzt deswegen, weil er die Lüge, die Juden hätten einen Angriffskrieg gegen Deutschland geplant, stillschweigend anerkennt.

Die von Widersprüchen nicht freie, aber mit Widersprüchen durchaus erfolgreiche Strategie der Kriegsverhütung durch Abschreckung auf der Grundlage des Kräftegleichgewichts wird leichtfertig diskreditiert, wenn man mit der Rede vom „universalen Holocaust“ eine Situation antizipiert, die zu verhindern gerade das Ziel aller Anstrengungen ist. Besonders Christen sollte der Gedanke demütigen, daß die bedrohliche Existenz von Waffensystemen den Frieden mehr stabilisiert als Friedenspredigt und Friedensmoral.

6. Kein Politiker im sicherheitspolitischen Mandat unseres Staates könnte von der Friedensverantwortung so eindimensional militär- und waffenpolitisch reden. Der Text des Moderamens suggeriert mit seiner Konzentration auf die atomaren Waffensysteme, die Sicherung und Bedrohung des Friedens sei zuerst oder fast ausschließlich ein waffentechnisches Problem. Diese Annahme ist ebenso falsch wie gefährlich. Sie ist wiederholt von maßgeblichen Politikern unseres Landes korrigiert und erheblich differenziert worden.

7. Kein Politiker im sicherheitspolitischen Mandat unseres Staates kann von der Friedensverantwortung sprechen, ohne daran zu denken, daß im Zeitalter der Massenmedien auch die öffentliche Meinung eine wichtige Rolle in der Sicherheitspolitik spielt. Hier besteht kein Zweifel, daß der östliche Konfliktgegner die öffentliche Meinung der demokratischen Staaten rigoros ausnutzt, um Vorteile für die eigenen Ziele durchzusetzen. Das reformierte Moderamen muß sich fragen, ob es mit seinen Thesen, die tendenziell eine lebenswichtige

Staatsaufgabe entlegitimieren, nicht das Gegenteil dessen erreicht, was es möchte.

Wo das Moderamen aber beansprucht (These IV), konkrete sicherheitspolitische Entscheidungen vorzubringen und durchzusetzen, muß es sich gefallen lassen, als politische Partei nach den Regeln der Demokratie kritisiert und bekämpft zu werden. Die sieben reformierten Thesen verdecken unter dem Bekenntnisanspruch handfeste politische Ermessensentscheidungen. Imprägniert mit der status-confessionis-Qualität bekommen diese den Rang des Unbedingten und Letzten. Damit ist der lebensmögliche Bereich des sinnvollen politischen Handelns aufgesprengt.

Was ein Bekenntnis im theologischen Sinn darstellt, definiert Gerhard Ebeling: „Nur das ist im strengen Sinne Bekenntnis, was das, was Kirche zur Kirche macht, zur Entscheidung stellt und damit die Kirche selbst zur Entscheidung, darum aber auch zur Scheidung zwingt“. (Ev. Staatslexikon 1975, Sp. 151).

Der im Brief des Moderamens gegen die CDU zitierte Gustav Heinemann hat als Bundespräsident, anläßlich seiner Verabschiedung von der Bundeswehr (10. Juni 1974), Sätze gesprochen, die für Autoren und Leser der reformierten Thesen bedenkenswert sein können: „Es ist kein Widerspruch, das Gute zu wollen und dem Bösen zu wehren, wie es auch kein Widerspruch ist, Freundschaft zu suchen und sich vor Feindschaft zu schützen. Ich kann bei aller Aufgeschlossenheit für eine Politik der Verständigung kein politisches Zeichen erkennen, das in absehbarer Zeit die Streitkräfte als Teil unserer Sicherheitspolitik überflüssig macht ... Politischer Wirklichkeitssinn mag auf die Entspannung zwischen Ost und West Hoffnungen setzen. Hoffnung allein schafft aber noch keine Veränderung der Wirklichkeit ... Das bedeutet, wir werden auch weiterhin des Dienstes der Soldaten bedürfen. Lassen Sie sich dabei nicht von denen verwirren, die es nach „großen Zeiten“ gelüftet, gleichgültig, ob solche Weltveränderer ganz links oder ganz rechts gruppiert sind. Wir werden Fortschritt und Wandel nur durch die Beständigkeit kleiner Schritte erreichen, nicht aber durch große Worte.“

# Kritische Anmerkungen

## Zu den Aussagen des Moderamen über die Friedensverantwortung der Christen

Prof. Dr. theol. Gerhard Friedrich

Das Moderamen geht bei der Beurteilung der Menschen von der Botschaft des Neuen Testaments aus, daß Gott und Christus die Welt mit sich versöhnt hat (2 Kor. 5, 18 f) und Jesus Christus das Sündopfer für die Sünden der ganzen Welt ist (1 Joh. 2,2). Daraus ergibt sich für das Moderamen: *„Die Welt und die Menschen sind nicht mehr die gleichen, die sie vorher waren, weil im Ereignis von Kreuz und Auferstehung Jesu Christi die Situation der Welt und der Menschen eine totale und radikale Veränderung erfahren hat“.*

### Die „neue Wirklichkeit“ und die Politik

Aus der Versöhnungsbotschaft wird der Schluß gezogen, daß jeder Mensch in der ihm durch Christus geschenkten **neuen Wirklichkeit** anzusehen sei. Das habe Folgen für die politische Einstellung zu dem von Gott geliebten und versöhnten Menschen. Es befreie von den Taten des Unfriedens, von allem Haß und aller Menschenfurcht. Da wir in Christus längst miteinander versöhnte Menschen sind und uns auch untereinander nicht mehr als Unversöhnte zu begegnen brauchen, können wir *„verzichten auf Machtmittel, die unzähligen Menschen den Tod bringen, auf die Instrumente der Bedrohung und Abschreckung. Wir können und sollen als Christen ungewöhnliche Schritte für die Abrüstung in unserm Land und in der Welt tun“.* Das Bekenntnis des Glaubens, daß die ganze Welt mit Gott versöhnt sei, *„ist unvereinbar mit aller lebensbedrohenden Feindschaft unter den Menschen und allen ideologischen Feindbildern, mit denen eine bislang ungebändigte Aufrüstung begründet wird. Feindschaft und Bereitschaft zur Vernichtung und Vergeltung, Haß und Menschenfurcht leugnen die Wirklichkeit der Versöhnung der Welt mit Gott.“*

Zu dieser von dem Moderamen vertretenen Versöhnungstheologie ist Folgendes kritisch zu bemerken: Das Neue Testament spricht an mehreren Stellen von der von Gott herbeigeführten Versöhnung, durch die die Feindschaft des Menschen gegen Gott beseitigt ist (Röm. 5, 10). Nach 2 Kor. 5, 19 hat Gott den „Dienst der Versöhnung“ gegeben, damit das „Wort der Versöhnung“ erschallt, und dieses lautet bei Paulus nicht: „Stiftet, da ja alle Menschen von Gott versöhnt und geliebt sind, den politischen Frieden zwischen den sich hassenden und bekämpfenden Juden und Römern, damit es nicht zum Völkermord und zur völligen Zerstörung Jerusalems kommt“, sondern: „Lasset euch versöhnen mit Gott“ (2 Kor. 5, 20). Diese Aufgabe ist auch heute für die Kirche nicht veraltet; denn **die von Gott versöhnten Menschen müssen sich versöhnen lassen, um Versöhnte zu sein.**

Wer die von Gott angebotene Versöhnung nicht akzeptiert, bleibt ein Unversöhnter, obwohl Gott ihn versöhnt hat. Darum kann der Christ im politischen Kalkül nicht jeden Menschen von vornherein als Versöhnten behandeln. Die Kirche muß ihm aber sagen, daß er versöhnt ist, und ihn einladen, das Geschenk Gottes in Empfang zu nehmen. Das Neue Testament sieht, obwohl die Erlösungstat Christi der Versöhnung aller Menschen gilt, keineswegs alle Menschen als bereits Versöhnte an, wie es das Moderamen tut, sondern macht einen ganz klaren Unterschied zwischen Glaubenden und Ungehorsamen, Geretteten und Geretteten, zwischen Kindern des Lichts und Menschen der Finsternis, Feinden Gottes und Versöhnten, zwischen Einst und Jetzt im Leben des Christen. Das Moderamen weigert sich, diesen Unterschied anzuerkennen; denn es behauptet, daß alle miteinander versöhnte Menschen seien, *„die sich nicht wie Unversöhnte meiden, bedrohen, abschrecken oder gar vernichten dürfen“.* Die politische Konsequenz, die das Moderamen aus seiner Versöhnungslehre zieht, lautet: *„Wir können verzichten auf Machtmittel, die unzähligen Menschen den Tod bringen, auf die Instrumente der Bedrohung und Abschreckung. Wir können und sollen als Christen ungewöhnliche Schritte für die Abrüstung in unserm Land und in der Welt tun.“*

Nach der **Barmer Erklärung hat der Staat „in der noch nicht erlösten Welt ... unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“.** Auch das Moderamen spricht von der *„noch nicht erlösten Welt“* und wendet das auf den Staat an, der, wie allerdings auch die Kirche, von der Macht des Bösen bedroht ist und darum *„zum Handlanger und Vollstrecker des Bösen werden“* kann und dann zur *„widergöttlichen Gewalt“* wird, wenn *„er Massenvernichtungsmittel in seine Machtmittel einbezieht“.* Demgegenüber weiß sich aber die Kirche *„zutiefst solidarisch mit der versöhnten Welt, auch wenn diese ihre Versöhnung im Unglauben und Ungehorsam leugnet“.* Besteht die Solidarität der Kirche – so muß man fragen – mit den Ungläubigen und Ungehorsamen auch dann, wenn diese aus ihrem Unglauben und Ungehorsam heraus entsprechende Handlungen vollziehen? Wie soll man sich dann als Christ nach der Meinung des Moderamen ihnen gegenüber wohl verhalten? Die Versöhnungstat Jesu Christi hat doch *„die neue Wirklichkeit“* begründet, in der lebensbedrohende Feindschaft nicht mehr möglich ist.

Das Moderamen ist großzügig bereit, *„einzuräumen, daß der Staat zur verantwortlichen Ausübung staatlicher Macht der angemessenen Machtmittel bedarf, um Unrechtsakte einzelner Menschen oder ganzer Staaten zu verhindern“.* Aber wie sollen die

Machtmittel aussehen, wie sollen sich der Politiker, der Richter, der Polizist und der Soldat verhalten, wenn der von Gott versöhnte Mensch trotz seiner Übergriffe und Aggressionen nicht lebensgefährlich bedroht werden darf? Wieder räumt das Moderamen ein, in einem Rechtsstaat sei „*der Beruf des Juristen, des Polizisten und des Soldaten nicht grundsätzlich unvereinbar mit dem Christsein*“. Aber nach welchen Normen wird festgelegt, was ein Rechtsstaat ist, wenn die Bundesrepublik bei einer Aufrüstung zu einer widergöttlichen Gewalt, zum Handlanger und Vollstrecker des Bösen wird? Wer bestimmt, wann man es mit der „*nichterlösten Welt*“ oder mit der „*versöhnten Welt*“ zu tun hat? **Durch die Versöhnung ist unsere Welt keineswegs eine andere geworden.** Sie ist eine Welt, in der der Staat nicht umsonst das Schwert trägt und im Dienste Gottes an denen das Urteil vollstreckt, die Böses tun (Röm. 13, 4).

### Die christliche Zukunftserwartung

Biblich gesehen ist die im Moderamen ausgesprochene Friedenserwartung ein Teilaspekt der umfassenden Zukunftsschau. Wenn es sich auch auf die paulinische Versöhnungslehre beruft, so wurzeln ihre Gedanken doch sehr stark in der beeindruckenden Zukunftserwartung des Alten Testaments. Dort hofft man, daß nicht mehr ein Volk gegen das andere das Schwert zieht, weil alle sich dem Schiedsspruch Gottes unterwerfen. Jede Kriegsrüstung erübrigt sich, die Waffen werden nun in Ackergeräte umgewandelt, Schwerter in Pflugscharen und Speere zu Winzermessern umgeschmiedet. Da eine ständige Kriegs- und Abwehrbereitschaft sinnlos geworden ist, braucht man nicht mehr das Kriegshandwerk zu erlernen; man wird nicht mehr zum Kriegsdienst einberufen, sondern kann einer friedlichen Beschäftigung nachgehen und ungestört unter seinem Weinstock und seinem Feigenbaum sitzen (Micha 4, 2–4; Jes. 2, 2–5). Das Ende entspricht so dem Anfang. Himmel und Erde werden umgestaltet, so daß ein neuer Himmel und eine neue Erde entstehen (Jes. 65, 17), auf der die paradiesischen Verhältnisse wiederhergestellt sind.

Die Zukunftsschau des Neuen Testaments ist etwas anders geprägt. Nach dem Neuen Testament entwickeln sich die Zustände auf der Erde nicht so gradlinig auf das Friedensreich des neuen Himmels und der neuen Erde hin wie im Alten Testament. **Nirgendwo wird im Neuen Testament verheißen, daß wir auf dieser Erde paradiesischen Zuständen entgegengehen.** In der Urchristenheit weiß man etwas von der satanischen Zerstörungsmacht, die gerade am Ende der Zeiten in Erscheinung treten und im Antichristen, in dem Tier aus dem Abgrund, ihren Höhepunkt erreichen wird (2 Thess. 2; Offb. 13). Mit dem Fortschreiten der Zeit verbessern sich keineswegs die Zustände auf der Erde, sondern je mehr sich die Weltgeschichte ihrem Ende zuneigt, desto schlimmer wird es auf der Erde. Nach Luk. 12, 51 fragt Jesus: „Meint ihr, ich sei gekommen, den Frieden auf die Erde zu bringen?“ In der Parallelstelle Mt. 10, 34 lautet die Antwort: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert“, und dann werden die zerrütteten Familienverhältnisse geschildert.

Auch nach den apokalyptischen Aussagen der Evangelien geht die Welt nicht friedvollen Zeiten entgegen: „Wenn ihr hört von Kriegen und Nachrichten über Kriege, dann erschreckt nicht. Es muß so geschehen. Aber es ist noch nicht das Ende. Es wird ein Volk sich gegen das andere erheben und ein Reich gegen das andere. An verschiedenen Orten wird es Erdbeben geben, und es wird Hungersnöte geben“ (Mk. 13, 7 f). Besonders kraß wird die Not der letzten Zeit in der Offenbarung des Johannes geschildert. Der Reiter auf dem roten Pferd „wurde ermächtigt, der Erde den Frieden wegzunehmen, damit die Menschen sich gegenseitig abschlachten. Und es wurde ihm ein großes Schwert gegeben“ (Offb. 6, 4). Dem Reiter auf dem fahlen Pferd wurde die Macht gegeben über ein Viertel der Erde, zu töten mit Schwert und mit Hunger und mit Tod und durch die Tiere der Erde.

Die Reformierten sind mit ihrer Theologie, mit ihrer Frömmigkeit, mit ihrer gottesdienstlichen Praxis sehr stark mit dem Alten Testament verbunden. Darum ist es nicht verwunderlich, daß ihre Friedenserwartung alttestamentliche Züge trägt. Das Moderamen weiß natürlich: Das „*letzte und endgültige Werk Gottes wird anbrechen, wenn Jesus Christus in Herrlichkeit wiederkehrt*. Die konkrete Ausgestaltung dieses letzten Werkes Gottes ist aus den Schilderungen des Alten Testaments entnommen: „Es ist das Werk eines neuen Himmels und einer neuen Erde, in denen Gerechtigkeit und Frieden herrschen ohne Ende, in denen die Waffen des Krieges allesamt und endgültig umgeschmiedet werden in die Werkzeuge des Lebens im Frieden“. Aggressiv wendet sich das Moderamen gegen die apokalyptischen Aussagen des Neuen Testaments: „*Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit allem aufgeregten, ziellosen Aktivismus, allem blasphemischen Spekulieren über die Schrecken der Endzeit*“.

Es soll hier nicht über die Geltung der apokalyptischen Aussagen des Neuen Testaments für die heutige Theologie gestritten werden. Aber eins machen sie deutlich, und das darf nicht übersehen oder geleugnet werden: **Es ist keine kontinuierliche Verbesserung in der Welt bis zur Erreichung paradiesischer Zustände des ewigen Friedensreiches**, sondern solange diese Welt, dieser Äon, besteht, wird es Streit, Not und Krieg geben. Kriegsdrohung und Kriege kann man einschränken, und als Christ soll man es, soweit dieses möglich ist, auch tun. Aber man wird Feindseligkeit und Kriege nie ganz ausrotten können, weil sie wie die Sünde des einzelnen Menschen zum Wesen dieser Welt gehören. Das Neue Testament weiß nichts von einer Verchristlichung der Welt.

### „status confessionis“ oder „Einladung zum Glauben“?

Die Sicherheit, mit der alle, die die politischen Ansichten des Moderamens nicht teilen, verurteilt werden, ist beunruhigend. Es schreibt zwar, es habe nicht „*die Absicht, andern Christen oder Gemeinschaften von Christen den Glauben abzusprechen*“, es wolle auch „*nicht Exkommunikation und Drohung mit der Spaltung, sondern Einladung zum Glauben und Ruf in die verbindliche Entscheidung des Bekenntens*“. Das heißt aber dann doch, daß, wenn man der Einladung zum Glauben nicht folgt und man bei

der Beurteilung der politischen Situation mit dem Moderamen nicht eines Sinnes ist, die Gemeinsamkeit des Bekenntnisses zu Jesus nicht besteht. **Wo eine Gemeinsamkeit im Bekenntnis zu Jesus Christus nicht vorhanden ist, hat man einen anderen Glauben, so daß man zu einer andern Kirche oder überhaupt nicht zu Jesus Christus gehört.**

Es ist durchaus konsequent, wenn das Moderamen erklärt, es gehe nicht an, daß „auf die Dauer sich gegenseitig ausschließende Positionen in der einen Kirche nebeneinander stehenbleiben“. Trotz besänftigender Zugeständnisse wird deutlich ausgesprochen, daß „die aus der Wahrheit kommende Einheit“ es nicht zuläßt, „daß in der einen Kirche das Bekenntnis zu Jesus Christus in Gegensätzen ausgesprochen wird“. Damit ist klar bekundet, daß eine im Gegensatz zum Moderamen vertretene Anschauung über die Realisierung des Friedens die Einheit der Kirche aufhebt. In der positiven Stellungnahme zu den „Massenvernichtungsmitteln“ gehe es um „die offene Verleugnung und Verhöhnung des in Christus offenbaren Gottes“, um „Aufruhr gegen Gott“. Die Aufrüstung sei „Sünde“, ja, sogar „Todsünde“ und darum „mit dem Christsein unvereinbar“. So prasseln die Verdammungsurteile auf Menschen herab, die in Verantwortung vor Gott und aus Liebe zum Nächsten zu andern politischen Erkenntnissen kommen als das Moderamen. Konsequenterweise müssen alle Politiker, erst recht alle Soldaten, aber auch alle Ingenieure, Unternehmer und Arbeiter in der Rüstungsindustrie allein wegen ihrer Tätigkeit in ihrem Beruf Sünder vor Gott und Verleugner Jesu Christi sein; denn Christen dürfen auch auf Geheiß der Obrigkeit nicht in der Entwicklung von Atomwaffen mitwirken.

Nach der Mehrzahl der Mitglieder des Moderamens ist „der Pazifismus nicht die prinzipiell einzige Möglichkeit, als Christ seines Glaubens zu leben“. Man gesteht wohl Juristen und Politikern, Polizisten und Soldaten zu, daß ihr Beruf in einem Rechtsstaat „nicht grundsätzlich unvereinbar mit dem Christsein“ ist. Aber die doppelte Negation, die offenbar das Resultat eines Kompromisses ist, zeigt, welche Vorbehalte man gegen rechtsstaatliche Organe hat. Das wird bei der Fortsetzung der Ausführenden ganz deutlich: „Wo der Staat sich der Massenvernichtungsmittel bedient ... da muß die Kirche ein bedingungsloses Nein, ein Nein ohne jedes Ja sprechen“. In wessen Auftrag und in welcher Vollmacht deklariert das Moderamen solche Urteile? **Sind die Mitglieder des Moderamens „die Kirche“, die absolute Entscheidungen darüber trifft, was christlich ist, was Grund, Inhalt und Zielrichtung des Bekenntnisses ist?** Gehören die, die das bedingungslose Nein nicht bejahen können, nicht mehr zur Kirche? Während Christen, die mit dem Moderamen nicht übereinstimmen, als Verleugner Christi und Empörer gegen Gott nicht zu der „aus der Wahrheit kommenden Einheit der Kirche gehören“, ist man Nicht-Christen, die aber mit den politischen Zielen des Moderamens übereinstimmen, sehr zugetan. Wenn Menschen und Gruppen, die den Glauben der Christen „nicht teilen“, „aus andern Motiven gegen die Massenvernichtungsmittel und für den Frieden eintreten“, dann können und sollen Christen mit ihnen dennoch zu-

sammenarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit bekundet, selbst wenn der Einsatz dieser Nichtchristen „aus andern Motiven“ erfolgt — ich setze hinzu: z. B. auch zur Vorbereitung der marxistischen Weltrevolution und der damit verbundenen Propaganda für den Atheismus —, „daß die Herrschaft Jesu Christi die ganze Welt umfaßt und auch außerhalb der Gemeinde wirksam ist“.

Ich stelle fest: Bereitstellung von Atomwaffen zur Abschreckung von Angriffen ist Sünde gegen Gott, der Kampf von Nichtchristen gegen die Massenvernichtungsmittel ist ein Beweis für die ganze Welt umspannende Herrschaft Christi. Wer die Zusammenarbeit mit nichtchristlichen Gruppen verweigert, reduziere den Glauben „auf einen ideologischen Standpunkt“ und stelle damit den Glauben „mit andern ab- und auszugrenzenden Ideologien auf eine Ebene“.

Wenn man die Ausführungen des Moderamens liest und sie ernstnimmt, dann muß man sich fragen: **Wer kann da, abgesehen von den Anhängern der Friedensbewegung, selig werden?** Es wimmelt von Feststellungen von Sünden und Todsünden durch Verhalten im politischen Bereich, von schweren Verurteilungen Andersdenkender, so daß einem im Blick auf die Kirche Jesu Christi bei einer solchen Verquickung von Politik und Theologie angst und bange werden kann. Soll dieses so ausgedeutete „Bekenntnis zu Jesus Christus“ die Grundlage für die Existenz der Kirche in der Gegenwart sein?

#### **Sachgemäße Auslegung des Neuen Testaments?**

In den Erläuterungen der Thesen führt das Moderamen viele Bibelstellen an. Aber oft ist ihre Zitation, wenn man auf den Zusammenhang achtet, nicht ganz sachgemäß. Dafür zwei Beispiele.

Für die These, daß die Welt und die Menschen nicht mehr die gleichen sind, wie sie vorher waren, daß die Situation der Welt und der Menschen vielmehr eine totale und radikale Veränderung erfahren haben, wird als Schriftbeweis Kol. 1, 13 angeführt: „Gott hat uns aus der Macht der Finsternis errettet und in das Reich des Sohnes seiner Liebe versetzt“. Das Moderamen wendet diese Aussage über Menschen, die zum Glauben an Christus gekommen sind, auf alle Menschen ohne Unterschied an, oder, um es anders auszudrücken, es identifiziert die Kirche mit der Welt; denn — so schreibt das Moderamen — es „gehören alle unwiderruflich hinein in den Frieden Gottes, steht niemand außerhalb des Herrschaftsbereichs des Auferstandenen“. Diese grundsätzlich richtige Aussage wird dann so interpretiert, daß schon jetzt jeder Mensch in der ihm durch Christus geschenkten neuen Wirklichkeit als der von Gott geliebte und versöhnte Mensch anzusehen sei.

Aber so sind die Aussagen des Kolosserbriefes gerade nicht gemeint. Der bekannte reformierte Neutestamentler Eduard Schweizer, Zürich, führt in seinem Kommentar zu dieser Stelle aus, daß hier Bekehrungsterminologie verwendet sei, durch die eine scharfe Scheidung zwischen Licht und Finsternis, Welt und Gemeinde gezogen wird. Es sei an den Raum der Kirche gedacht, der so etwas wie den Himmel auf Erden darstelle. Es wird also gerade nicht



von der Veränderung der Welt gesprochen, sondern – so führt Schweizer aus – bei den Glaubenden sei ein Wechsel der Herrschaft eingetreten. Die Scheidungslinie zwischen Finsternis und Licht gehe quer durch die Welt. „Der Text besagt also nicht, daß so etwas wie eine Verwandlung der menschlichen Natur geschieht. Es ist ein Wechsel des Herrn“. Die Aussage, daß Christus die ganze Welt mit Gott versöhnt hat, ist richtig. Aber da nicht alle den Herrschaftswechsel vollziehen, bleiben viele trotz der Versöhnung in der Finsternis, und die radikale Veränderung tritt nicht ein. Darum kann man aus dieser Stelle keine Konsequenzen für eine politische Entscheidung ziehen. **Wenn das Moderamen das tut, dann vertritt es trotz aller versuchten Absicherungen im Grunde genommen eine schwärmerische Theologie, die Kirche und Welt, Glaubende und Ablehnende praktisch identifiziert.**

Ebenso unsachgemäß ist das Zitieren von Offb. 11, 15, wo gesagt wird, daß die Königsherrschaft über die Welt unserm Herrn und seinem Christus geworden ist. Daraus zieht das Moderamen die Folgerung,

daß „niemand außerhalb des Herrschaftsbereiches des Auferstandenen steht“. Der Glaube an die von Christus abgetretene Königsherrschaft sei mit aller lebensbedrohenden Feindschaft unter den Menschen unvereinbar. Nun ist Christus in der Tat der Herr der ganzen Welt, wie der Auferstandene zu seinen Jüngern gesagt hat: „Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden“ (Mt. 28, 18). Aber nicht von dieser Jesus durch die Auferstehung bereits zuteilgewordenen Macht wird (Offb. 11, 15) gesprochen, sondern von dem endgültigen Machtergreifen im apokalyptischen Gerichts- und Heilsgeschehen, wenn der letzte Ansturm der antigöttlichen, heidnischen Völker abgeschlagen ist, Gott Gericht hält, den Seinen ihren Lohn gibt und die andern, die die Erde verderben, ihre Strafe erhalten (11, 18). Das Moderamen wendet dieses endzeitliche Wort auf die Gegenwart an, läßt aber bezeichnenderweise das Gericht über die Nichtchristen weg und spricht von der „umfassenden Befriedigung der Welt durch Christus“. **Ist das sachgemäße Auslegung des Neuen Testaments?**

---

## Kurz notiert

---

### **DKP stellt fest: Berührungängste bei kirchlichen Verbänden überwunden**

#### **Kommunistische Führungsposition bei der Friedensbewegung**

**Bonn:** Der Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) berichtete über ein DKP-Papier, in dem es heißt, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) habe an Einfluß bei kirchlichen Organisationen gewonnen. Weiter schreibt die DKP, die Berührungängste seien „bei allen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik und bei Organisationen, soweit sie sozialistischem Gedankengut zugänglich sind, insbesondere aber der SPD und bei kirchlichen Verbänden“ überwunden. Sie stellt fest, daß sich die Friedensbewegung zu einem „überragenden Instrument kommunistischer Massenarbeit“ entwickelt habe. Allein 1981 hat sich die DKP darüber hinaus an hundert der insgesamt 700 Hausbesetzungen beteiligt, so daß nunmehr der „Häuserkampf eine breite Protestbewegung gegen Bodenspekulation und kapitalistische Ausbeutung“ darstelle. Auch im Hochschulbereich sei der Einfluß der Kommunisten stärker als der Mandatsanteil in den Studentenparlamenten.

Die DKP gesteht ferner, sie besitze für solche Aktivitäten „praktisch nicht zu durchschauende Tarnmöglichkeiten“ durch die Existenz zahlreicher DKP-gesteuerter Nebenorganisationen im kirchlichen Raum.

### **Journalisten an den Rundfunkanstalten: Nur fünf Prozent zählen sich zur CDU/CSU**

**Bonn:** Der niedersächsische Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht hat sich auf der Generalversammlung der deutschen Zeitschriftenverleger kürzlich in Bonn erneut für eine Alternative zum öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem ausgesprochen. Diese müßte sich auch personell und qualitativ in der Programmgestaltung niederschlagen. Wie er unter anderem sagte, zählen sich rund 85 Prozent der Journalisten an den Rundfunkanstalten zu den sozial-liberalen bzw. linken Kräften des politischen Spektrums. Nur fünf Prozent könne man bei der CDU/CSU einordnen.

### **Bonn zahlt mehr Entwicklungshilfe über die Kirchen**

**Bonn:** Die Bundesregierung will nach den Worten des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), die Haushaltsansätze für die Entwicklungshilfe der Kirchen 1983 auf 184 Millionen DM erhöhen. Wie Warnke bei der Eröffnung der 24. Aktion „Brot für die Welt“ in Hamburg erklärte, schätzt die Bundesregierung die besonders an den Grundbedürfnissen der Menschen orientierte Entwicklungsarbeit der Kirchen hoch ein. Die Kirchen hätten weitgehend frei von politischer

Rücksicht Risiken übernommen und entwicklungspolitisches Neuland betreten. Sie wirkten zugunsten der Ärmsten auch in Ländern, mit deren Unrechtsregimen die Bundesregierung nicht zusammenarbeiten könne und wolle.

### **Ein Prozent Gehaltsverzicht zugunsten von Arbeitslosen**

#### **Württembergische Landessynode möchte ein Zeichen setzen**

**Stuttgart:** Die Gehälter aller Mitarbeiter der württembergischen Landeskirche sollen um ein Prozent gekürzt werden. Mit dem eingesparten Geld will man in der Kirche neue Arbeitsplätze schaffen. Diesem Vorschlag stimmte mit großer Mehrheit die Synode der württembergischen Landeskirche auf ihrer Herbstsitzung vom 22. bis 25. November in Stuttgart zu. Der Antrag hat noch keine Rechtskraft. Wenn er in den zuständigen Ausschüssen weiter behandelt worden ist, kommt er auf die Tagesordnung der nächsten Synode. Der Synodale, der ihn einbrachte, der Backnanger Oberbürgermeister Martin Dietrich, erklärte sich ebenfalls bereit, von seinem Gehalt ein Prozent zugunsten von Arbeitslosen abzuführen. Mit der Gehaltskürzung will die Synode einen solidarischen Verzicht propagieren und über den kirchlichen Bereich hinaus ein Zeichen dafür geben, wie sich die Kirche und andere für Arbeitslose einsetzen können.

# Martin Luthers Gegenwart 1983

## Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Im Jahre 1983 feiert die Christenheit den 500. Geburtstag Martin Luthers. Seine reformatorische Erkenntnis verlangt Aufmerksamkeit in einer Zeit, in der viele Menschen ihrer selbst nicht mehr sicher sind. Zwischen Selbstrechtfertigung und Selbstverurteilung hin- und hergerissen, schauen sie voller Stolz auf das in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Erreichte, werden aber zugleich im Blick auf den Gang der Geschichte und die Zukunft der Welt von Zweifeln geplagt. Martin Luther hat, auf die Bibel hörend, erfahren: Gott gibt die Welt nicht auf. Er verzweifelt weder an der Menschheit noch an der Kirche. Die Macht der Vergebung reicht weiter als unsere Schuld. Gottes Treue ist größer als unsere Furcht. Dies sagt die Lehre von der Rechtfertigung.

An der Schwelle vom Mittelalter zur Neuzeit, als die Kraft christlichen Glaubens bereits erschöpft schien, hat Martin Luther mit Vollmacht, Klarheit und Wärme von dem Gott gesprochen, der in Jesus Christus der Welt nahe gekommen ist und in der Kraft des Heiligen Geistes „die ganze Christenheit auf Erden beruft, sammelt, erleuchtet, heiligt und bei Jesus Christus erhält im rechten einigen Glauben“. Durch Luther ist das Evangelium den Menschen einer neuen Zeit gedolmetscht und mit der Welterfahrung der Moderne konfrontiert worden.

Wenn die Evangelische Kirche in Deutschland jedermann einlädt, sich dieser Gestalt unserer Geschichte zu erinnern, so übersieht sie nicht die zwar nicht gewollten, aber doch eingetretenen Folgen seines Wirkens, die belasten. Anders als bei früheren Jahrhundertfeiern sehen wir heute auch die Schatten, die dieses Licht mit sich gebracht hat.

- Seit der Reformation ist zu dem Riß zwischen Ostkirche und Westkirche ein tief reichender Riß innerhalb der westlichen Christenheit getreten. Der im späten Mittelalter immer wieder laut gewordene Ruf nach einer Reform der Kirche hat nicht zur Erneuerung der einen Kirche, sondern zur Bildung von Konfessionskirchen mit immer neuen Spaltungen geführt. Der Glaube an die eine, heilige, allgemeine (katholische) und apostolische Kirche ist schwer geworden, weil ihn die Erfahrung von vielen miteinander streitenden Kirchentümern zu widerlegen scheint. Die Universalität des Glaubens ist verborgen in der Provinzialität autonomer Landeskirchen. Das ist nicht nur ein Reichtum; der Mangel an Zusammengehörigkeit und Einheit mindert die werbende Kraft des Evangeliums.
- Auf Luther haben sich die verschiedensten Geister berufen. Er wurde mißbraucht, verzerrt, heroisiert, trivialisiert. Gegenüber den in Kirche und Staat alle Ordnungen auflösenden schwärmerischen Propheten hat er selber noch einen erbitterten Kampf geführt. Fragloser Gehorsam und Dauerprotest sind in gleicher Weise Folgen einer nicht verstandenen

Unterscheidung von Gesetz und Evangelium, von weltlichem und geistlichem Regiment.

- Das evangelische Kirchenwesen, aus Not der Obhut von Landesherren und städtischen Magistraten anvertraut, erschien für Jahrhunderte geradezu als eine Einrichtung des Staates. Die Obhut wurde zur Fessel, in den öffentlichen Fragen des Gemeinwesens blieben die Nachfahren Luthers lange Zeit nahezu stumm.
- So wichtig Luthers frühe Schrift über die Juden auch noch heute ist, so verhängnisvoll wurden Äußerungen des alten Luther. Niemand kann sie heute gutheißen.

Diese negative Bilanz ist jedoch nur die Kehrseite einer durch Martin Luther bewirkten umfassenden Erneuerung des christlichen Lebens. Wie da ein Einzelner aus der Mitte seiner Gotteserfahrung eine zerrissene Welt aushält und trotz einer miteinander im Streit liegenden Christenheit dem Evangelium glaubt, das ist eine Ermutigung, auch gegenüber den Widrigkeiten unserer gegenwärtigen Welt den Glauben an Gottes gute Absichten mit uns nicht fahren zu lassen und die Mängel der Kirche nicht dem Evangelium anzulasten. Weiter als alle vorhandenen Ausweglosigkeiten und Depressionen reichen die Tiefe und die Kraft eines Berge versetzenden Glaubens. Gott ist, wie Luther gelehrt hat, unter dem Gegenteil verborgen. Deshalb gilt es, durch den Augenschein hindurchzustoßen auf das Wesen und auf dem Grund der Dinge den Gott zu finden, der ein „glühender Backofen voller Liebe“ ist. Das freilich kann nur der glauben, der das Kreuz der Wirklichkeit vom Kreuz Jesu Christi her liest und deutet. Ohne Kreuz gibt es keine Auferstehung.

Verband sich mit dem Namen Luther für lange Zeit der Gedanke an die Spaltung der Christenheit, so erkennen wir in unseren Tagen, daß einst auseinanderführende Wege die Gemeinsamkeit im Glauben nicht zerstört haben und trotz aller Brüche der Gedanke an die Zusammengehörigkeit der Christen lebendig geblieben ist. Luther gehört nicht einer einzelnen Konfession. Er hat einen Beruf zu erfüllen an der ganzen Christenheit. Das zeigen auch die profunden Arbeiten römisch-katholischer und freikirchlicher Lutherforscher. Die Erinnerung an Luthers 500. Geburtstag im Jahre 1983 steht deshalb anders als frühere Jubiläumsfeiern im Zeichen einer ökumenischen Erschließung des reformatorischen Erbes. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat ihre Tagung mit Bedacht unter das Thema gestellt „Reformation und Einheit der Kirche“. Auch auf landeskirchlicher und gemeindlicher Ebene soll dieser ökumenische Impuls im Zentrum stehen. Denn Wahrheit und Weite schließen einander nicht aus. Luthers Konzentration des Evangeliums auf die Frage nach dem Gott, durch den auch der Mensch sich selber

offenbar wird, korrespondiert eine große Weite religiöser und kultureller Formen, in denen sich solcher Glaube aussprechen und Gestalt finden kann. Ein getröstetes Gewissen begegnet der kirchlichen Vielfalt unbefangen. Dankbar erinnert es sich an Gottes Geschichte mit seiner Kirche, die immer wieder jung ist und neu wird und lebt.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erinnert im Luther-Jahr insbesondere an folgende Erfahrungen und Erkenntnisse:

- Den Glauben gibt es nicht ohne die Zeugen des Glaubens. Tritt Martin Luther als Zeuge des Evangeliums neu in das Bewußtsein unserer Zeit, so können die Menschen wieder ihres Glaubens gewiß und damit sowohl von ihren Selbstzweifeln als auch von ihren Überheblichkeiten befreit werden. Gottesgewißheit führt hin zu Selbstgewißheit.
- Am Beginn der Neuzeit sind durch Luther nicht veraltete Fragen gestellt und noch heute gültige Antworten gegeben worden. Die Erfahrung namenloser Angst und der sie aushaltenden Kraft des Glaubens, der Mut zur Gelassenheit in allen Umbrüchen und Veränderungen, die Entdeckung des Einzelnen und seine Hinwendung zur Gemeinschaft, die fundamentale Unterscheidung, was Gottes Sache und unsere Sache ist – all das läßt sich bei Luther studieren und für die Gegenwart fruchtbar machen.
- Bis in unsere Tage wirkt Luthers größtes Geschenk an seine Kirche und das deutsche Volk, die Übersetzung der Bibel, fort. Sie hat nicht nur in Kirche, Schule und Haus den Glauben genährt, sondern auch über Stammesgrenzen hinweg ein Volk zusammengeführt, Geschichte begründet und eine deutsche Literatur erweckt. Bis heute sind in Ost und West Alltagssprache und dichterische Aussagekraft, oft unbewußt, von Luthers Eindeutschung der Bibel geprägt. Aber Schönheit und Vitalität der Luther-Bibel bleiben nur dann erhalten, wenn wir die Mühe nicht scheuen, uns die Geschichte Gottes mit seinem Volk in Luthers Sprache anzueignen.

Sie ist ein starkes Band für die Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland.

- Gegenüber aller konfessionellen Selbstgenügsamkeit gilt es, den universalen Horizont des christlichen Glaubens neu zu entdecken. Die von Martin Luther herkommenden Kirchen werden deshalb nicht nur ihre Weltverantwortung ernst nehmen, sondern auch das ihnen Mögliche beitragen, der Einheit der Kirche zu dienen. Der Sorge für die Einheit ist dabei heute wie einst die Verantwortung für die Wahrheit vorgeordnet. Die Wahrheit aber ist nicht rechthaberisch, sie zielt ab auf umfassende Zusammengehörigkeit.

Das Jahr 1983 wird Luthers Namen sehr oft in Erinnerung rufen. Es wird auch mancher dem Reformator wirkliche Fehler oder vermeintliche Sünden vorrechnen und ihn für eigene Interessen in Anspruch nehmen. Die evangelische Christenheit läßt sich dadurch von ihrer Beschäftigung mit dem ihr durch Luther überkommenen Erbe nicht abhalten. Wer nicht nur hört, was über Luther gesagt wird, sondern selber liest, was Luther erkannt und geschrieben hat, bildet sich ein eigenes Urteil und ist von den Meinungen des Tages unabhängig.

Auch ein Jubiläum darf nicht zu einem Weg zurück in die Zeit der Reformation und die Welt Luthers werden. Aber in der Geschichte des Glaubens liegen Schätze bereit, die gehoben werden müssen, damit wir die Verlegenheiten der Gegenwart besser bestehen können. Die Wucht einer geistlichen Leidenschaft und ursprünglichen Gotteserfahrung, wie sie bei Luther begegnet, ruft zur Erneuerung unseres Glaubens, Hoffens und Liebens. Dann erfüllt sich das Psalmwort, das Luther in besonderer Weise liebte:

„Ich werde nicht sterben, sondern leben  
und des Herrn Werke verkündigen“  
(Ps. 118, 17).

Landesbischof D. Eduard Lohse  
Vorsitzender des Rates der  
Evangelischen Kirche in Deutschland

---

## Kurz notiert

---

---

### Ev.-Reformierte Kirchengemeinde Bielefeld degen die Moderamenserklärung

---

**Bielefeld:** Die Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes hat zu heftigen Kontroversen in den Reformierten Gemeinden geführt. In einem Beschluß erklärt das Presbyterium der Ev.-reformierten Kirchengemeinde Bielefeld, es sehe sich außerstande, die rigorose Stellungnahme des Moderamens des Reformierten Bundes zur Friedensverantwortung der Kirche als

seine eigene zu übernehmen. Es bestreitet dem Moderamen das Recht, so einseitig im Namen des Reformierten Bundes zu sprechen.

Die Erklärung des status confessionis zu der politischen Frage nach angemessenen Wegen der Friedenssicherung sei eine Entscheidung, die nur persönlich gefällt werden könne, angesichts der Tatsache, daß aus dem gleichen Ansatz „Erhaltung des Friedens“ verschiedene Folgerungen über das „Wie“ möglich sind. Das Presbyterium bezeichnet die Proklamation des Moderamens als unevangelisch, weil sie den absoluten

Wahrheitsbesitz für sich beanspruche, sie sei auch unbrüderlich, weil sie dem Andersdenkenden den rechten Glauben abspreche, und sie sei oberflächlich, weil sie über der Friedenssicherung andere Werte verschweige. Das Presbyterium stellt dem Moderamen Konsequenzen für den Fall in Aussicht, daß dieses die Erklärung des status confessionis aufrechterhalte. In diesem Fall sei es fraglich, ob das Presbyterium der Ev.-reformierten Kirchengemeinde Bielefeld noch Mitglied des Reformierten Bundes bleiben könne.

# Widerspruch gegen die Moderamenserklärung

Prof. Dr. theol. Horst Georg Pöhlmann

Es fällt mir schwer, dem von mir hochgeschätzten Kollegen Hans-Joachim Kraus widersprechen zu müssen, von dem ich vieles – nicht zuletzt als Theologiestudent – gelernt habe und dem ich entscheidende theologische Anstöße verdanke. Mein Widerspruch richtet sich vor allem gegen drei Programmpunkte der Erklärung des Moderamens und seiner Antwort auf die Anfragen des EAK.

## „status confessionis“?

Sicher ist der Friede – so das Moderamen – eine Bekenntnisfrage, durch die der status confessionis gegeben ist, nicht aber die verschiedenen Wege zum Frieden, die Christen von ihrer je verschiedenen Gewissensentscheidung her gehen. „Der status confessionis nötig“ – in der Tat – „zur eindeutigen Stellungnahme“ (Antwort ...). Aber die ist ja in der Frage „Friedensdienst mit oder ohne Waffe?“ gerade nicht möglich. Auch im Blick auf ABC-Waffen, die ja nach Meinung ihrer Befürworter Krieg verhindern, und eben nicht auslösen wollen. In der Wehrdienstfrage geht es um eine nicht eindeutige ethische Entscheidung, die zwischen zwei Übeln wählt, um eine Pflichtenkollision, wo ich nicht zwischen gut und böse, sondern zwischen böse und böse entscheide, wo ich mich für das kleinere Übel entscheiden muß.

Beide, der Wehrdienstverweigerer und der Wehrdienstleistende, berufen sich auf ihr Gewissen und können sich auf ihr Gewissen berufen. Beide wollen das 5. Gebot befolgen: Du sollst nicht töten. Auch der Wehrdienstleistende kann sich wie der Wehrdienstverweigerer auf das 5. Gebot berufen, wenn er verhindern will, daß andere getötet, daß wehrlose Frauen und Kinder getötet werden. Beide müssen andererseits das Risiko eingehen, zu töten, um das Töten zu verhindern. Im Falle einer Gewissenskollision kann daher nicht eine Lösung kirch-

lich sanktioniert und legitimiert werden. Denn dadurch würde man Christen, die von ihrem Gewissen her anders entscheiden, das Christsein absprechen, – was das Moderamen nicht tun will aber de-facto eben doch tut, wenn es den Friedensdienst ohne Waffe mit der Aura der Unfehlbarkeit und Eindeutigkeit umgibt.

Uneindeutig ist entsprechend auch eine Entscheidung für das christliche Gewissen im Blick auf den NATO-Doppelbeschluß. Es gibt Christen, die ihn von ihrem christlichen Gewissen her bejahen, weil sie meinen, nur durch das Gleichgewicht der Waffen könne Krieg verhindert werden, weil es jeden Angriff des Ostens für ihn zu einem unkalkulierbaren Risiko macht. Andere Christen lehnen ihn ab, weil sie meinen, die Sorge um das Gleichgewicht führe gerade zum Wettrüsten, weil man dieses Gleichgewicht jeweils durch Überlegenheit sichern will, man müsse daher einseitig abrüsten und den Gegner nicht umgekehrt durch gleichgewichtsmotivierte Aufrüstung provozieren.

## Mißbrauch geistlicher Autorität

Jeder entscheidet in so einer Pflichtenkollision von seinem Gewissen her anders, wengleich beide den Frieden wollen. Es ist ein Mißbrauch geistlicher Autorität, wenn eine Kirchenleitung eine der beiden Lösungen als die einzig richtige bezeichnet und rebus sic stantibus zur Wehrdienstverweigerung aufruft. Es ist ein Mißbrauch kirchlicher Autorität, wenn eine Kirchenleitung eine Frage, in der Christen naturgemäß verschieden entscheiden, mit dem Gewicht des status confessionis betrachtet und aus einer Ermessungsfrage eine Glaubensfrage macht. Die Kirche müßte sich viel eher gegen den selbstgerechten Pharisäismus wenden, der meint, in dieser schwierigen Frage gäbe es eine astreine ethische Lösung, wo man ohne

Schuld und Schuldübernahme auszukommen meint. Ein selbstgerechter Pharisäismus der – zugegeben – auch aufseiten der Befürworter des Friedensdienstes mit der Waffe anzutreffen ist. Hätte die Kirche nicht gerade die Aufgabe, im politischen Meinungsstreit eine Vermittler- und Asylfunktion wahrzunehmen – etwa als der dritte Ort, wo Menschen gegensätzlicher Gewissensentscheidung miteinander reden und sich in ihrer je anderen Gewissensentscheidung achten lernen?

## Die politische Verantwortung der Kirche

Das heißt nicht, daß die Kirche politisch neutral sein soll und eine politikentrückte Gralsburg hoch oben über den Niederungen des Alltags wäre, die – wenn sie sich nicht überhaupt ins politische Jenseits und Abseits absetzt – allenfalls die Aufgabe hätte, *allgemeine Generallinien* auszugeben und die Details Politikern zu überlassen. Die Kirche hat gegenüber dem Politischen nicht nur eine Vermittlerfunktion, sondern eine prophetische Funktion, das heißt die Funktion des „unbequemen Dreinredens“ (v. Rad). Ein solches unbequemes Dreinreden, eine solche Einmischung der Kirche ins Politische ist aber nur möglich, wo der Staat *eindeutig* Gebote Gottes verletzt und wo mit Apostelgeschichte 5,29 Gott mehr zu gehorchen ist als den Menschen. Hier darf und muß sie widerstehen, *aber nur hier*, nicht wenn es sich um nichteindeutige ethische Entscheidungen handelt.

Eine solche eindeutige Verletzung der Gebote und Grundwerte, die die Kirche zum status confessionis zwingt, liegt vor, wenn ein Staat keinen Frieden will, sondern andere Staaten überfällt, wie das z. B. die UdSSR im Falle Afghanistans getan hat, ähnlich wie Hitler 1939. Wenn Waffen also nicht auf den Frieden, sondern auf Krieg abzielen, nicht in Notwehr, sondern in

Tötungsabsicht verwendet werden, wenn sie nicht das Leben schützen, sondern zerstören wollen. Und es wäre ein verhängnisvoller ethischer Irrtum, zu meinen, Waffen seien erst dann zu verwerfen, wenn sie Massen vernichten, wie es das stereotype Verdikt der „Massenvernichtungsmittel“ des Moderamen nahelegt. Als wäre der Krieg erst dann zu ächten, wenn die Toten die Millionengrenze überschreiten. Ich denke, die Vernichtung auch nur eines einzigen Menschenlebens ist aus christlicher Sicht genauso verwerflich wie die einer Million. Hier zu quantifizieren, wäre ein Hohn auf jede christliche Ethik. Nicht nur Massenvernichtungsmittel sind vom christlichen Glauben her abzulehnen, sondern Vernichtungsmittel überhaupt. Das Moderamen scheint ja in seiner „Antwort ...“ von seinem Pazifismus abzurücken, wenn es einräumt, der Staat habe „für einen eindeutig defensiven, bedrohungsarmen Schutz zu sorgen“. Waffen sind als das kleinere Übel in der Tat nur zu verantworten, wenn sie keinen aggressorischen, sondern einen rein defensiven Zweck erfüllen.

Der status confessionis wäre für das Moderamen – um noch zwei andere Beispiele zu nennen – auch durch eine andere eindeutige Gebotsverletzung gegeben: durch den Paragraph 218 zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs der sozialliberalen Koalition, aus dem viele das Recht auf Tötung Ungeborener abgeleitet haben und der einen Massenmord ohnegleichen an schutzlosen Menschenleben ausgelöst hat. Das Moderamen hat auch zu anderen eindeutigen Gebotsverletzungen durch den Staat geschwiegen, wie das durch die sozialliberale Koalition eingeführte Ehescheidungsrecht, das das Verschuldungsprinzip zugunsten des Zerrüttungsprinzip abgeschafft hat, wodurch der Ehebruch sozusagen zur wertneutralen quantität négléable gemacht wurde.

### Bergpredigt und staatliches Handeln

Es ist exegetisch und theologisch unzulässig, wenn das Moderamen die Forderung der Bergpredigt (Mt. 7,1–5,16) auf den Staat, nicht –

wie diese – auf den Einzelnen anwendet, als sollten hier dem Staat Handlungsanweisungen gegeben werden. Entsprechend wird vom Moderamen gefordert, der Staat soll grundsätzlich, also auch im Verteidigungsfall, auf Gewalt verzichten. Anders das Neue Testament, wo die zwei Reiche, das Gottesreich und Weltreich, streng unterschieden werden. Demnach besteht das Wesen des Staates in der „Gewalt“ (Mark. 10,42; Röm. 13,1), während im Reich Gottes und in der Kirche die gewaltlose Liebe regiert. Der Soldat, der als Christ in der Gewaltstruktur des Staates seinen Dienst tut, kann aus ihr nicht herauspringen, – hat sie doch die

#### Unsere Autoren:

Prof. Dr. theol. H.-D. Bastian  
Billrothstraße 1  
5300 Bonn-Duisdorf

Prof. Dr. theol. Gerhard Friedrich  
Steinfurter Weg 18  
2300 Kiel 1

Heinrich Höhler  
Superintendent i. R.  
Amselweg 30  
6140 Bensheim 3

Propst Helmut Kern  
Jakob-Steffan-Straße 1  
6500 Mainz

Prof. Dr. theol. Horst Georg Pöhlmann  
Westrihstraße 8  
4512 Wallenhorst/b. Osnabrück

Pfarrer Christof Warnke  
Schulberg 3  
6380 Bad Homburg

Reg. Bürgermeister  
Dr. Richard von Weizsäcker  
Rathaus Schöneberg  
1000 Berlin 62

Funktion, einen Damm gegen das Böse zu errichten (Röm. 13,3 ff.). Er kann aus dieser Struktur nicht herauspringen, sosehr er in dieser Struktur versuchen muß, Liebe und Mitmenschlichkeit zu realisieren. Die Bergpredigt gilt nicht für die Struktur des Staates, aber sie gilt in ihr. Man darf nicht aus dem Staat eine Kirche und aus der Kirche einen Staat machen wollen, will man nicht beide um ihren Sinn bringen. Der Christ muß nach dem Neuen Testament die Spannung zwischen den beiden Reichen durchhalten und versuchen, das Gebot Jesu in einer gefallenen Welt zu realisieren, er darf aber nicht schwärmerisch beide Reiche ver-

mischen – wie es die Stellungnahmen des Moderamen zu tun scheinen.

Dem Moderamen wird jeder Christ darin zustimmen, daß vom neutestamentlichen Prinzip Frieden her (Matth. 5,9) der Krieg keine christliche Möglichkeit ist. Schon Luther hat erkannt, daß ein Krieg nie gerecht ist und daß er nur als das kleinere Übel und nur in Form des reinen Notwehr- und Verteidigungskrieges zu verantworten sei. Es war widerrechtlich, wenn Theologen aus diesem Übel eine göttliche Schöpfungs- oder Notverordnung machten. Der Krieg ist als Konfliktaustragungsmittel in jedem Fall – ob mit oder ohne Massenvernichtungsmittel – vom Neuen Testament her abzulehnen.

Trotzdem gibt es immer noch Kriege, was eine weltfremde Retortenethik leicht übersieht, die sich nicht die Mühe macht, das christliche Gebot in die Realität einer gefallenen Welt hineinzuvermitteln, sondern schwärmerischen Illusionen nachhängt. Die Weisung Matth. 26,52, das Schwert nicht in die Hand zu nehmen, denn wer das Schwert ergreift, wird durch das Schwert umkommen (*Sollstand*), wird eine situationsfremde Doktrin ohne den Erfahrungssatz: Das Schwert, das man aus der Hand legt, ergreift einander (*Iststand*).

### Die Realität des Bösen

Die Stellungnahmen des Moderamen tragen zu wenig der Realität des Bösen als der Wurzel des Unfriedens Rechnung. Sie laufen der Wirkung nach, statt die Ursachen zu sehen. Frieden erscheint menschlich machbar. Die Aussagen der „Erklärung“ in VII erscheint wie eine nachträglich um das Ganze gewickelte unverbindliche Verbalgirlande und sind nicht Grundlage des Ganzen. Die Stellungnahmen versäumen es, zwischen Gottesfriede und Weltfriede, zwischen Frieden mit Gott (Vergebung) und Frieden mit den Menschen zu unterscheiden. Weil sie eben nicht die beiden Reiche unterscheiden. Der Mensch erreicht erfahrungsgemäß von sich aus nie den absoluten und letzten Frieden, den er ersehnt, sondern nur einen relativen und

vorletzten Frieden. Denn der Unfriede wurzelt in der Sünde des Menschen. Weil der Mensch sich aber nicht selbst aus dem Schraubstock seiner Sünde befreien kann, ist Friede letztlich nicht herstellbar und machbar, sondern ein Geschenk Gottes, eine eschatologische Gabe (Jes. 11). Der Mensch wird in Werkgerechtigkeit und Verzweiflung getrieben, wird relativer und absoluter Friede nicht unterschieden, wie es das Moderamen tut.

Diese nüchterne Einschätzung der Realität soll unser eigenes Frie-

densengagement nicht lähmen, sondern gerade umgekehrt mobilisieren. Gerade der absolute Friede, wie er in der Rechtfertigung des Sünders um Christi willen geschenkt wird, gibt Kraft, relativen Frieden in der Welt zu verwirklichen. Wie relativ menschliche Bemühungen um Frieden sind, erweist das Scheitern fast aller bisherigen Mittel, internationale Konflikte ohne Krieg auszutragen (UNO etc.). Es gäbe nur *einen* Weg, durch eine überstaatliche Instanz Kriege zu verhindern: eine Supermacht, die das absolute Gewaltmonopol inne-

hat bzw. — eben wieder durch Krieg — erkämpft (war to end war!), somit die einzelnen Staaten ihrer Souveränität beraubt und sie unfrei macht. Man sieht, wie wenig der Mensch aus dem Teufelskreis der Gewalt und des Bösen herauskommt. Der Kampf gegen das Böse geschieht immer unter den Bedingungen des Bösen, wie die Menschheitsgeschichte zeigt. Nur durch einen qualitativ neuen — aus der Menschheitsgeschichte nicht ableitbaren — Eingriff von außen, religiös ausgedrückt, nur durch Gott wird absoluter Friede möglich.

## Das Barmer Bekenntnis steht gegen die Moderamenserklärung

Pfarrer Christof Warnke

Die Antwort des Moderamens des Reformierten Bundes an den Evangelischen Arbeitskreis ist in jeder Hinsicht unbefriedigend. In seiner Verteidigung verstrickt sich das Moderamen immer mehr in unhaltbare Positionen.

Die Behauptung, die Erklärung des Moderamens zur Friedensfrage knüpfe inhaltlich und nicht bloß in Form und Sprache an das Bekenntnis der Barmer Synode von 1934 an, kann so nicht anerkannt werden. In der Erklärung finden sich nämlich Äußerungen, die Barmen erst notwendig gemacht haben und im Bekenntnis von 1934 verworfen worden sind.

Wenn das Moderamen erklärt, daß „es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht“, ist ihm die Verwerfung der dritten Barmer These vorzuhalten. Diese lautet: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen“. Das Moderamen erhebt eine politische Überzeugung zum Christusbekenntnis, indem es Bekennen und Verleugnen des Evangeliums an die Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln bindet. Im Klartext sagt das Moderamen:

Wo Massenvernichtungswaffen verneint werden, da ist Christus und Glauben. Damit wird die Gestalt der Botschaft einer politischen Überzeugung überlassen. Das aber ist in Barmen verworfen worden. Das Nein zu den Massenvernichtungswaffen kann auch ein ganz anderes Motiv haben als das Christusbekenntnis und kann sogar mit offener Christusleugnung verbunden sein.

Das Christusbekenntnis kann keine andere Quelle haben als Christus allein. Das Nein zu den Massenvernichtungswaffen kann auch aus anderen Quellen kommen und gehört deshalb nicht zu dem Bekenntnis, das als christliches unverwechselbar wäre. Dazu heißt es in der ersten Barmer These: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen“.

Wenn H.-J. Kraus und H. Kern, Kurt Scharf zitierend, für das Moderamen ausführen, daß man als Christ eher das Unrecht der Unfreiheit ertragen müsse, als Massenmörder zu werden (der Gebrauch des Wortes „Massenmörder“ in dem diskutierten Zusammenhang kennzeichnet das Vorurteil, dem

das Moderamen erlegen ist), dann ist das, was die Unfreiheit betrifft, in bezug auf den Christen sicher richtig. Dietrich Bonhoeffer konnte auch im Gefängnis Christ sein und sogar ein recht freier. Aber er konnte nicht tatenlos und widerstandslos zusehen, wie andere — z. B. Juden — der Freiheit und des Lebens beraubt wurden. Zum Fluch wäre sonst sein Pazifismus geworden. Die Freiheit eines Christenmenschen ist keine, die man verordnen oder politisch realisieren könnte. Sie ist Frucht des Evangeliums und nicht Ergebnis einer politischen Maßnahme. Wer von der Politik erwartet, daß sie bringe, was das Evangelium verheißt, der muß sich die Verwerfungen der fünften Barmer These vorhalten lassen. Diese lautet: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag (sc. „nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“) hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde eignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

H.-J. Kraus und H. Kern erklären, das radikale Nein vom Evangelium her zur atomaren Bewaffnung müsse „zuerst gesprochen werden und feststehen“, bevor über politische Konsequenzen und Konkretionen beraten werden könne. Was aber ist, wenn Politiker die politischen Konsequenzen und Konkretionen schon beraten haben und zu dem Urteil gekommen sind, daß die Konsequenzen und Konkretionen nicht zu verantworten sind, wie es unverantwortlich gewesen wäre, gegen die Waffen und Methoden Hitlers mit Pfeil und Bogen und beschwichtigenden Reden (ein Christ kann auch in Unfreiheit leben!) zu begegnen?

Im übrigen steht der Politiker schon seit 40 Jahren nicht mehr in der Freiheit, ein Nein zur Atomombe sprechen zu können. Denn die Bombe ist da. Die Welt ist nicht mehr im Stand der Unschuld.

Ob die Politik, die es seit 37 Jahren fertiggebracht hat, trotz gefährlicher Krisen (Teilung Deutschlands, Blockade Berlins, Korea, Ungarn, Cuba, Vietnam, Tschechoslowakei), das vorhandene Atomwaffenpotential nicht zum Einsatz kommen zu lassen und den großen Krieg zu vermeiden, das Urteil verdient, das das Moderamen über sie fällt, kann bestritten werden. So schnell sollte man sich von den positiven Aussagen der fünften Barmer These nicht distanzieren (Kraus und Kern zur 1. Frage des EAK). Außerdem: Wer vom radikalen Nein vom Evangelium her spricht, sollte nicht den Eindruck erwecken, es sei auf die Massenvernichtungswaffen beschränkt. Das Nein des Evangeliums gilt dem ganzen Menschen, der so ist, wie er ist. Absurd deshalb, daraus eine Politik machen zu wollen, die zuerst den Menschen abschafft und dann die Konsequenzen und Konkretionen berät.

Wenn das Moderamen in der „Feststellung des status confessionis“ eine „Einladung und dringende Bitte“ verstanden wissen will, so ist diese Neuinterpretation des Begriffs „status confessionis“ zur Kenntnis zu nehmen. Wenn es dem Moderamen aber Ernst ist um sein Verständnis von status confessionis, dann darf es seine Einladung und dringende Bitte nicht mit der Forderung und Erwartung einer Unterwerfung verbinden, indem es erklärt, daß es nicht angehe, daß „auf die Dauer sich gegenseitig ausschließende Positionen in der einen Kirche nebeneinander stehen bleiben“. In bezug auf den status confessionis ist die Erklärung des Moderamens und auch von H.-J. Kraus und H. Kern doppelzünftig: Man gebraucht ein starkes Wort und fügt hinzu, man meine es gar nicht so.

## Friedensgottesdienst im Ober-Olmer Wald

### Propst Kern zum offenen Brief von Landtagspräsident Martin (s. EV 12/82)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Martin,

Sie äußern die Sorge, der für den Buß- und Betttag am Raketenlager im Ober-Olmer Wald vorgesehene Friedensgottesdienst könne trotz guten Willens der Veranstalter zur „politischen Demonstration“ mißbraucht oder als solche mißverstanden werden. Diese Sorge kann auch ich selbstverständlich nicht von der Hand weisen, da die Kirche mit ihrer Verkündigung immer – erst recht, wenn sie mit ihren Gottesdiensten aus dem Kirchenraum herausgeht – mißbraucht werden kann. Sie begründen Ihre Sorge sowohl mit „problematischen Begleiterscheinungen“ bei Gottesdiensten im Zusammenhang mit der Startbahn West, als auch mit einer persönlichen theologischen Beurteilung, wenn Sie schreiben: „Wenn man eine politische Entscheidung so eng an das Bekenntnis zu Jesus Christus binden zu können, wie das der Reformierte Bund ... tut, dann droht ganz unmittelbar die Gefahr, daß die Predigt zur politischen Demonstration wird“. Ich kann darauf nur antworten: Wenn es Christen gibt – und zu denen rechne ich mich –, deren Glaube an Jesus Christus durch politische Entscheidungen elementär berührt wird, dann bedeutet für sie Gottesdienst feiern und Beten keine ideologische politische Demonstration, sondern eine Glaubensdemonstration für die Macht der Liebe Gottes, die sich gerade in der Ohnmacht als mächtig erweisen will. Welche politischen Konsequenzen aus

einem Ernstnehmen dieser Macht der Liebe gezogen werden, ist in die Verantwortung jedes Einzelnen gestellt, wobei ihn allerdings – gar wenn es sich um Fragen auf Leben oder Tod handelt – die Kirche nicht allein lassen darf, sondern begleiten muß.

Erneut wenden Sie ein, die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland beruhe „nicht auf einem Feindbild, nicht auf ideologischen Vorurteilen, sondern sie ist die Folge der nüchternen, durch die Erfahrung bestätigten Analyse der Politik der Sowjetunion“. Bereits in der Antwort des reformierten Moderamens auf Ihre etwa gleichlautende Argumentation im Rahmen der Anfragen des Ev. Arbeitskreises der CDU/CSU haben wir betont, daß der selbstverständlich gebotene Widerstand gegen eine totalitäre, auf Überfall und politische Vergewaltigung bedachte Macht nicht so weit gehen kann, daß dabei Völkermord und Vernichtung der Menschheit in Kauf genommen werden. Ich kann nur bekräftigen; Unabhängig von der Einschätzung der Bedrohung durch die Sowjetunion kann ich nur erkennen, daß die politisch für unabdingbar gehaltene nukleare Abschreckung die nukleare Bedrohung durch die Sowjetunion nicht verringert, sondern zwangsläufig vermehrt!

Frieden und Freiheit auf diese Weise verteidigen zu wollen, halten nicht nur viele Christen, sondern zunehmend überhaupt die Bürger innerhalb des

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

westlichen Verteidigungsbündnisses für eine Illusion. Weil dies unsere Sorge ist, wollen wir - trotz Ihrer und mancher Leute Sorge um eine ideologische Mißdeutung - gerade auch in unmittelbarer Nähe eines Ortes der Abschreckung mit dieser Sorge vor Gott treten und um den Geist des Friedens bitten, indem wir das prophetische Wort ernstnehmen: „Es soll

nicht durch Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen, spricht der Herr Zebaoth“. (Sacharja 4,6)

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Helmut Kern

Zum Lutherjahr hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU eine Broschüre veröffentlicht:

## 1983 - Lutherjahr Zum 500. Geburtstag des Reformators

Die Broschüre gibt in knappster Form (43 Seiten) einen kurzen Überblick über Leben, Werk und Erbe Martin Luthers und soll eine Hilfestellung für die weitere Beschäftigung mit dem Reformator bieten. Neben den Artikeln „Luther und wir“ (Prof. Roman Herzog), „Luther - eine einführende Skizze“ (Andreas Meier) und „Luther und seine Folgen“ (Landtagspräsident Albrecht Martin) stehen Kurzbeiträge, die sich mit Luthers Einfluß auf die deutsche Sprache, das Bildungswesen, das Kirchenlied und Politik beschäftigen. Textauszüge aus Luthers Werken zu diesen Themenbereichen ergänzen die Beiträge.

### Sie können die Broschüre bestellen beim

IS-Versandzentrum  
Postfach 13 28  
4804 Vermold  
Bestell-Nr. 3379

### Der Preis beträgt

3,30 DM bei der Abnahme von Einzelexemplaren  
(Betrag bitte in Briefmarken der Bestellung beifügen)  
14,- DM + MWSt. für 10 Exemplare (Mindestabnahme)  
Rechnungsstellung erfolgt bei Lieferung